

## Kammerbericht 2021



### Licht am Horizont

Mögliche Konsequenzen aus der Dissertation zur  
Europarechtskonformität des deutschen  
Kammerrechts

## Der Bundesverband für freie Kammern e.V. (bffb)

Demokratisch verfasste, sich auf ihre Kernaufgaben konzentrierende Kammern sind das Ziel des bffb. Gegründet als „IHK-Verweigerer e.V.“ setzt sich der Bundesverband für freie Kammern e.V. seit 1996 für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft ein.

Die Kammertätigkeit auf genau bestimmte Aufgaben zu begrenzen und in diesen Körperschaften des öffentlichen Rechts demokratische Wahlen durchzusetzen sind weitere Ziele.

Die Freiwilligkeit der Kammermitgliedschaft betrachten die bffb-Mitglieder als Grundvoraussetzung, um über Jahrzehnte verkrustete Strukturen von Misswirtschaft und Bürokratie zu überwinden und die Kammern wieder zu dem zu machen, was sie sein sollen und können: dienstleistungsorientierte Serviceunternehmen ihrer jeweiligen Berufsrichtungen bzw. in Handwerk, Industrie und Handel.

Die hier vorliegenden Daten und Berechnungen hat der bffb mit größter Sorgfalt zusammengetragen. Dennoch sind Fehler nicht auszuschließen. Für entsprechende Hinweise sind wir dankbar.

Redaktion: Berenike Dietrich, Carolin Engel-Fassing, Kai Boeddinghaus

Wir bedanken uns bei Claudia Herbst, FragDenStaat.de (Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.) und den Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern.

Kontakt:

Bundesverband für freie Kammern e.V.

Geschäftsstelle: Riedelstr. 32 | 34130 Kassel

Tel. 0561 9 20 55 25 | Fax 0561 7 05 73 96 | [bffb@bffb.de](mailto:bffb@bffb.de) | [www.bffb.de](http://www.bffb.de)



## Grußwort



Dr. Jessica Kempen

Das Bundesverfassungsgericht hat die Pflichtmitgliedschaft in den deutschen Industrie- und Handelskammern vor vier Jahren – erneut – am Maßstab des Grundgesetzes beurteilt und nicht beanstandet. Seitdem scheint jede juristische Frontalopposition gegen den „Kammerzwang“ aussichtslos.

Dabei wird aber übersehen, dass die Rechtslage nicht nur durch deutsche Gesetze und das deutsche Grundgesetz geprägt wird, sondern auch durch Europäisches Recht, und dies gleich in doppelter Hinsicht: das Recht der Europäischen Menschenrechtskonvention und das Recht der Europäischen Union enthalten zahlreiche Vorgaben, die Pflichtmitgliedschaften ausschließen können. Die Europäische Menschenrechtskonvention enthält unter anderem das Recht, einer Vereinigung nicht beizutreten (sog. negative Vereinigungsfreiheit), der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union statuiert beispielsweise mit der Niederlassungsfreiheit ein Verbot, die unternehmerische Niederlassung in einem Mitgliedstaat durch staatliche Maßnahmen zu beschränken, und auch die Grundrechtecharta der Europäischen Union verbietet unter anderem Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und in die Vereinigungsfreiheit.

Es liegt deshalb nahe, auch diese in ihrer Bedeutung stetig wachsende rechtliche Ebene mit in den Blick zu nehmen, wenn es um die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Pflichtmitgliedschaft in den deutschen Industrie- und Handelskammern geht. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass die gesetzlich angeordnete Pflichtmitgliedschaft sowohl gegen die Europäische Menschenrechtskonvention als auch gegen das Vertragsrecht der Europäischen Union verstößt.

Zwischen dieser wissenschaftlichen Schlussfolgerung und einer möglichen Änderung der deutschen Rechtslage stehen am Ende eines langen juristischen Weges die europäischen Gerichte in Straßburg und in Luxemburg. Dort kann verbindlich entschieden werden, ob es mit dem „Kammerzwang“ weiter geht wie bisher, oder ob europäisches Recht dem ein Ende setzt. Die juristische Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit der IHK-Pflichtmitgliedschaft ist nicht vorbei, sondern steht im europäischen Rahmen erst an ihrem Anfang.

Dr. Jessica Kempen

Autorin „Zur Europarechtskonformität der Pflichtmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern“,  
Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag Der Wissenschaften  
978-3-631-84376-5 (ISBN)



Frank Lasinski

### Lichtblick am Horizont?

Dieser Frage geht der diesjährige Kammerbericht nach. Grund für diese Perspektive gibt die sehr umfangreiche und sorgfältige Untersuchung von Dr. Jessica Kempen mit dem Titel „Zur Europarechtskonformität der Pflichtmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern“.

Basierend auf dieser Promotionsschrift erarbeitet der Bundesverband für freie Kammern e.V. (bffb) aktuell konkrete Handlungsschritte für eine neuerliche juristische Auseinandersetzung und arbeitet dabei eng mit österreichischen Kooperationspartnern zusammen.

Zu den Lichtblicken des Jahres 2021 gehört auch, dass die sich bereits im letzten Jahr abzeichnende Auflösung der Pflegekammer in Schleswig-Holstein Realität wurde. Von den drei gegründeten Pflegekammern ist aktuell nur noch die rheinland-pfälzische aktiv. Dort, und auch das gehört zu den wichtigen Ereignissen des Jahres 2021, konnte die Liste „Pflegekammer ohne Zwang“ bei den Wahlen aus dem Stand zehn Mandate gewinnen und stellt nun eine deutlich wahrnehmbare Opposition dar.

Wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Der bffb musste die Erfahrung machen, dass Erfolge, hier insbesondere ganz grundlegende Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes, durch eine willfährig erscheinende Politik und offenbar durch eine sich skrupellos gebende Kammerbürokratie getrieben faktisch für nichtig erklärt wurden.

So änderte der Bundestag kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode das IHK-Gesetz und rettete den IHK-Dachverband vor den Folgen seines eigenen Versagens. Darüber hinaus stellte der Bundestag diesen Dachverband als Super-Körperschaft über die regionalen IHKn und unterwirft diese nunmehr auch einer Zwangsmitgliedschaft.

Während sich die Kammerfunktionäre einer transparenten und partizipativen Praxis rühmen, findet der daraus resultierende Umbau der Kammerorganisation hinter geschlossenen Türen und ohne jede Beteiligung kritischer IHK-Mitglieder statt.

Darüber hinaus muss der bffb zur Kenntnis nehmen, dass zahlreiche Kammern fortgesetzt versuchen, die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zur gesetzlich untersagten Vermögensbildung zu umgehen. Obwohl das erste Grundsatzurteil bereits aus dem Jahr 2015 stammt und 2020 nochmals deutliche Worte vom Bundesverwaltungsgericht kamen, hortet die große Mehrheit der IHKn bis heute weiter rechtswidrig viele Millionen Euro und erlässt ebenso rechtswidrig Beitragsbescheide.

Um sich der Rechtsprechung zur verbotenen Vermögensbildung nachhaltig zu entziehen, gingen zahlreiche IHKn dazu über, anstelle des Eigenkapitals nach Nettoposition, diversen Rücklagen und dem Jahresergebnis neben dem Jahresergebnis nur noch eine einzige Sammelposition „Sonstiges Eigenkapital“ auszuweisen. Mit diesem bilanziellen Taschenspielertrick stellen die IHKn die Idee der kaufmännischen Bilanzierung, die ein Mehr an Transparenz zum Ziel hat, auf den Kopf – und das als eine gesetzlich angeordnete Körperschaft, die die Wahrung von Anstand und Sitte der ehrbaren Kaufleute zum gesetzlich vorgegebenen Zweck hat.

Es bleibt nach wie vor ein hartes Stück Arbeit bis zur Erreichung unseres Verbandsziels. Dem Erreichen dieses Ziels wird sich der bffb auch im Jahr 2022 mit ganzer Kraft widmen.

Frank Lasinski

Vorsitzender Bundesverband für freie Kammern e.V.

## Mögliche Konsequenzen aus der Dissertation zur Europarechtskonformität des deutschen Kammerrechts

Die Perspektiven, dem Kammerzwang in Deutschland ganz grundsätzlich zu begegnen, waren nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2017 düster.

Dass auch aus dem politischen Raum zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft keine grundsätzlichen Reformen zu erwarten sind, gehört zu den bitteren Lehren unseres langjährigen Engagements. Das Karlsruher Urteil schien auch juristisch die letzte Tür zu schließen. Denn auf die Entscheidung der Karlsruher Verfassungsrichter folgte der Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die gegen das Karlsruher Urteil gerichtete Beschwerde nicht zur Entscheidung anzunehmen.

Mit der Promotionsarbeit von Dr. Jessica Kempen mit dem Titel „Zur Europarechtskonformität der Pflichtmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern“, ergibt sich nun eine neue Option.

Ein Erfolg wird allerdings nur möglich sein, wenn es gelingt die theoretischen Erkenntnisse ganz praktisch auf dem gerichtlichen Instanzenweg umzusetzen. Inhaltlich stehen für den bffk in erster Linie die mögliche Unvereinbarkeit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem Recht der Europäischen Union – hier insbesondere die Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit – im Mittelpunkt.

Auch wenn die Arbeit weitere mögliche Verstöße z.B. im Zusammenhang mit der Dienstleistungsrichtlinie und dem Wettbewerbsrecht herausarbeitet, so scheint nach erster Einschätzung eine praktische Anknüpfung aus formalen Gründen nicht ganz einfach.

Mit seinen Mitgliedern und Partnern wird der bffk die Möglichkeiten eines Vorgehens auch bei diesen Anknüpfungspunkten sehr genau prüfen.

Dass es eine Beschränkung der Niederlassungsfreiheit darstellt, wenn eine mit Beiträgen verbundene Zwangsmitgliedschaft zur Bedingung der Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit gefordert ist, ist leicht nachvollziehbar. Tatsächlich pflegt der bffk schon seit vielen Jahren internationale Beziehungen ins EU-Ausland – insbesondere nach Österreich. Firmen zu finden, die grenzüberschreitend aktiv und in diesem Sinne ganz direkt von einer Einschränkung ihrer Niederlassungsfreiheit betroffen sind, ist sehr realistisch.

In einem gemeinsamen Workshop werden die beteiligten bffk-Akteure die notwendigen nächsten Schritte ausloten und die Aufgaben verteilen. Gelingt es, zeitgleich aus beiden Ländern das Thema an den Europäischen Gerichtshof heranzutragen, so könnte dies dem Anliegen nochmals deutlich mehr Nachdruck verleihen.

Jessica Kempen

Zur Europarechtskonformität der Pflichtmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern, ISBN 978-3-631-84376-5



## Neue Satzungsbestimmungen umgehen die Rechtsprechung – neue Finanzstatute verschleiern die Vermögensbildung

Ging es darum, eine rechtswidrige Vermögensbildung in den Kammern zum Anlass für eine Anfechtung der Beitragsforderung zu nehmen, waren Mitglieder des bffk vor dem Bundesverwaltungsgericht bereits fünfmal erfolgreich.

Schon nach der ersten Entscheidung im Jahr 2015 zeichnete sich ab, dass die Bemühungen sehr vieler IHKn in die Richtung gingen, die klare Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zu ignorieren oder zu umgehen, als ihr zu folgen.

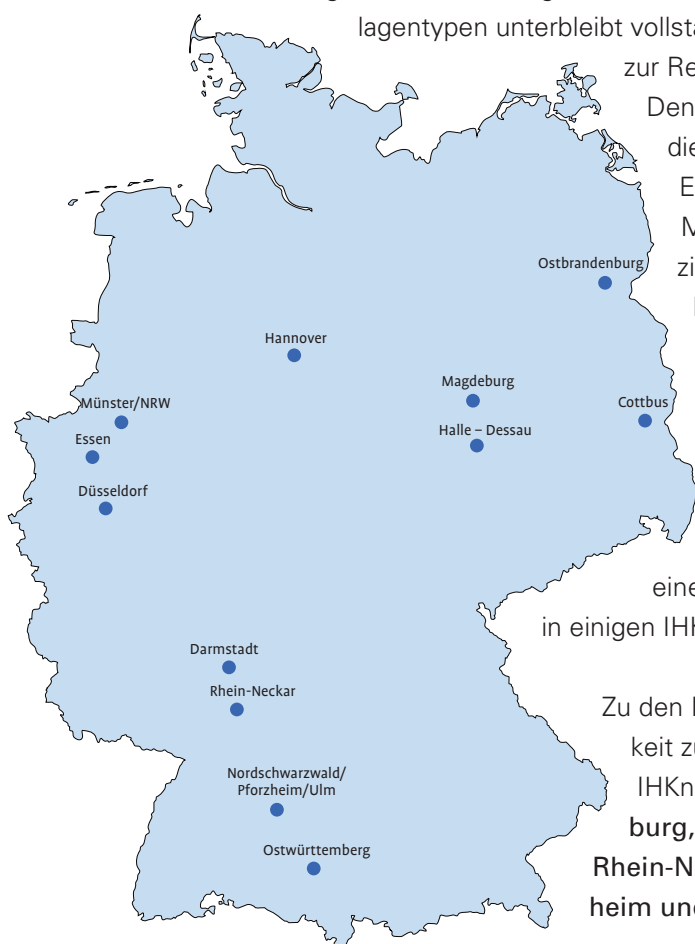
Dieser Trend gipfelt nun darin, dass zahlreiche IHKn ihre Satzungsbestimmungen, die das Finanzgebahren regeln, so anpassen, dass die tatsächlichen finanziellen Verhältnisse verschleiert werden.

Konkret erlaubten sich diese IHKn, auf der Passivseite der Bilanz in der Position Eigenkapital neben dem Vortrag des Vorjahresergebnisses nur noch ein einziges „Sonstiges Eigenkapital“ anzugeben. Die bisherige Differenzierung in das Grundkapital (Nettoposition) und diverse Rücklagentypen unterbleibt vollständig. Damit entziehen sich die IHKn ihrer gesetzlichen Pflicht zur Rechtfertigung der Vermögensbildung.

Denn die Anhebung des Grundkapitals (der Nettoposition) oder die Bildung von Rücklagen ist ja nicht grundsätzlich verboten. Es bedarf jedoch einer nachvollziehbaren Bedarfsabschätzung. Mit dem Trick, alle diese Positionen zusammenzufassen, entzieht man sich genau dieser Verpflichtung.

Höchst bemerkenswert ist dieses Vorgehen vor dem Hintergrund, dass die IHKn gesetzlich verpflichtet sind, in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB) zu bilanzieren. Das HGB aber kennt keine Bilanzposition „Sonstiges Eigenkapital“. Nachdem in Folge einer Strafanzeige wegen Bilanzmanipulation vor einigen Jahren klar wurde, dass das, was in jeder normalen Firma strafbewehrt ist, in einer IHK aufgrund einer Gesetzeslücke straffrei bleibt, scheinen in einigen IHKn die Hemmungen völlig gefallen.

Zu den IHKn, die auf diese Weise ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit zu täuschen versuchen, gehören nach Recherchen des bffk die IHKn in **Cottbus, Darmstadt, Düsseldorf, Essen, Ostbrandenburg, Halle – Dessau, Hannover, Ostwürttemberg, Magdeburg, Rhein-Neckar, Münster/Nord-Westfalen, Nordschwarzwald/Pforzheim und Ulm.**



## Die Pflegekammern – ein frischer Kammer-Prototyp mit alten Schwächen

Weil die Errichtung der Pflegekammern den ausgetretenen Pfaden der bisherigen Kammergesetze folgte, wiederholen sich hier alle Missstände, die den Streit um die Zwangsmitgliedschaft seit vielen Jahren begleiten.

Intransparenz hinsichtlich der Finanzen, ein gravierender Mangel bei der Binnendemokratie und genauso zuverlässig Aufgabenüberschreitungen gehören zum Alltag der Pflegekammern.

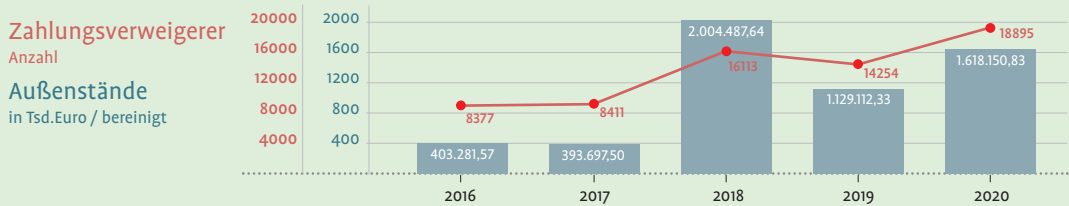
Unter dem Druck der Mitglieder, die grundsätzlich gegen die Zwangsmitgliedschaft mit den Zwangsbeiträgen opponierten, und die darüber hinaus gegen den Umgang mit ihren Beiträgen und die wiederkehrenden Aufgabenüberschreitungen auf die Barrikaden gingen, hatte dieses Konstrukt in zwei Bundesländern nicht überlebt. Nach nur wenigen Jahren sind die Pflegekammern in Niedersachsen und Schleswig-Holstein schon wieder abgewickelt.

In Nordrhein-Westfalen war der Widerstand so eindrücklich, dass der Landtag zunächst eine Beitragsbefreiung bis mindestens 2027 beschloss, um dann noch kurzfristiger auch den Zeitplan zur Errichtung der Kammer über den Haufen zu werfen. Die für das Frühjahr angesetzten Wahlen sind auf das Jahresende vertagt. Eine weitere Verschiebung ist wegen des Widerstands der Pflegekräfte nicht ausgeschlossen.

Gleichzeitig steht der Errichtungsausschuss in der Kritik: Hinsichtlich des Umgangs mit den Daten der zwangsregistrierten Pflegekräfte wurden sehr substantielle Vorwürfe erhoben: die Datenweitergabe an einen Verlag, die dubiose Einschaltung eines Callcenters und ein via Facebook gestarteter öffentlicher und mit konkreter Namensnennung ergänzter Aufruf, um einer angeblichen Verletzung von Datenschutzrichtlinien nachzugehen.

Am Ende stellt es sich so dar, dass es diese Datenschutzverletzung nicht gab. Der Aufruf zur Verfolgung war jedoch sehr wohl ein solcher Verstoß. Genauso kritisch sehen viele Pflegekräfte in NRW, dass der Errichtungsausschuss sich als Interessenvertretung aufspielt. Dabei hat er dazu weder einen gesetzlichen Auftrag, noch beachtet er dabei ausreichend die gesetzlichen Beschränkungen der Öffentlichkeitsarbeit.

### Beiträge/Mitglieder Pflegekammer Rheinland-Pfalz



Die aktuell einzige Pflegekammer in Rheinland-Pfalz sieht sich weiterhin der Kritik ausgesetzt. Dieser weiß sie lediglich durch eine Missachtung demokratischer Mindeststandards zu begegnen. Bei den Wahlen

gewann eine kleine und wenig ressourcenstarke Liste von Kammerkritiker\*innen aus dem Stand zehn Mandate. In den Ausschüssen der Kammer – erst recht im Kammervorstand – war für diese Kolleginnen und Kollegen jedoch kein Platz.

Am ausdrucksstärksten sind im Falle der Pflegekammer Rheinland-Pfalz die Zahlen, welche die Kammerversammlung zur Zahlungsmoral der Mitglieder präsentierte.

Die gesamten – bereits bereinigten – Außenstände der Kammer belaufen sich aktuell bereits auf 5.548.729,87 Euro – weit mehr als die Pflegekammer im gesamten Jahr 2022 an Beitragseinnahmen erwartet, nämlich 4.288.000,00 Euro. Im Jahr 2020 waren es fast 45 Prozent der Kammermitglieder, die die Zahlung verweigerten. Alleine diese Zahlen zerstören den Mythos von der bei der Mitgliedschaft beliebten und allseits anerkannten Kammer.

# Vermögensentwicklung der Industrie- und Handelskammern

Die Vermögen der Industrie- und Handelskammern werden in den jeweiligen Jahresabschlüssen der Kammern, wie auch auf dem zusammenfassenden Transparenzportal „IHKtransparent“ auf [ihk.de](http://ihk.de) veröffentlicht. Nicht immer sind diese Zahlen deckungsgleich. Eindeutige Trends in der Vermögensentwicklung in beiden Quellen sind aber zuverlässig erkennbar.

Im Vergleich zu 2018 ist die Summe der Pensionsrückstellungen der IHKn in 2019 weiter leicht angestiegen, wenn auch die Zahlen des IHK-Transparent-Portals um knapp 5% darüber liegen.

Die Hochrechnung für 2020 prognostiziert – erstmalig seit 2012 – eine Abnahme der Pensionsrückstellungen auf unter eine Milliarde Euro. Ob diese Zahl realistisch ist, werden die aufbereiteten Daten im nächsten Jahr zeigen.

Obwohl die Summe des Eigenkapitals aller IHKn in 2019 etwas höher ausfiel, als unsere Hochrechnung es prognostiziert hatte, lässt sich ein eindeutiger Trend der Kapital-Verminderung unter den IHKn feststellen. Überraschend ist deswegen, dass die Hochrechnung für 2020 ein ansteigendes Gesamtkapital der IHKn vermuten lässt.

Die von den IHKn selbst veröffentlichten Angaben zu ihrem Vermögen auf dem IHK-Transparenz-Portal sind zwar nicht deckungsgleich, die Abweichung zu den von uns recherchierten Daten beträgt jedoch nur geringfügige 0,2%.

Die Informationen, auf denen die Daten des IHK-Transparenz-Portals beruhen, scheinen vorerst nur intern zur Verfügung zu stehen, denn die Jahresabschlüsse für 2020 wurden bisher von nur 34 IHKn veröffentlicht, während auf dem IHK-Transparenz-Portal Daten für alle 79 IHKn aufgelistet werden. Durch die von Mitgliedern des bffk erreichte Rechtsprechung ist in den Wirtschaftsplänen aktuell auf breiter Front eine Absenkung des Eigenkapitals abzulesen, die sich bilanziell erst in den kommenden Jahren niederschlagen wird. Hier werden voraussichtlich weitere etwa 60 Millionen Euro an die IHK-Mitglieder zurückfließen müssen.

## Entwicklung der Netto-position / der Eigenkapitalrücklage bis 2018/ab 2021 Auswahl IHKn

in Tsd. Euro

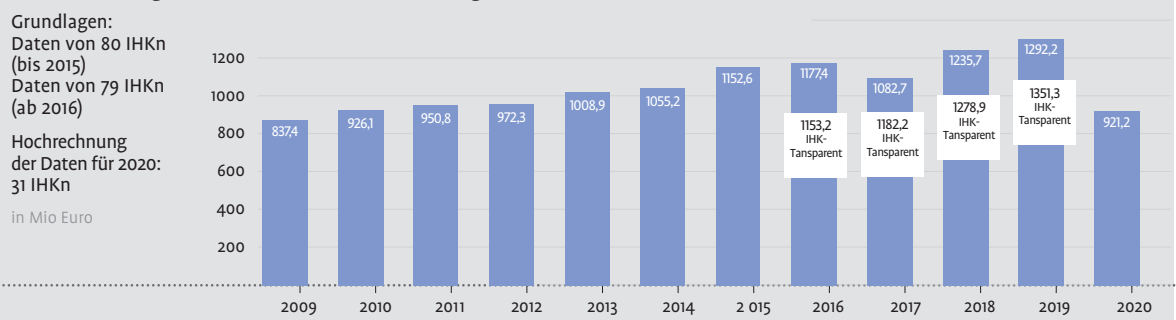
Bonn	3.000	450
Braunschweig	4.000	500
Kassel	3.156	969
Koblenz	15.300	11.000
Köln	11.000	1000

## Anmerkungen zur Rücklagenveränderung

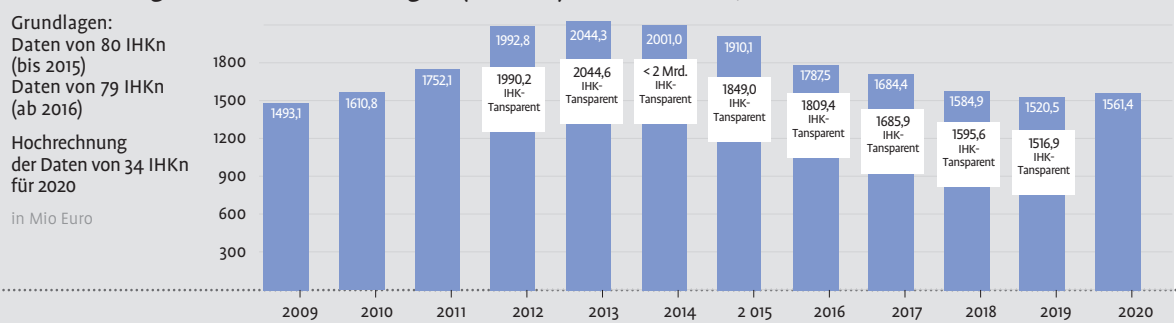
In den IHKn Augsburg, Bayreuth, Bonn, Bremen, Cottbus, Detmold, Essen, Halle, Hannover, Köln, Krefeld, Offenbach, Oldenburg, Osnabrück sind Pensionsverpflichtungen an externe Unternehmen ausgelagert. Dort entsprechen die Werte also nicht den gesamten Rückstellungen.

Die Abweichung der Daten zu den Pensionsrückstellungen zwischen dem bffk und den Angaben der IHKn beruht darauf, dass nicht alle IHKn ihre Pensionsrückstellungen in den Bilanzen nachvollziehbar aufschlüsseln.

## Entwicklung der Pensionsrückstellungen der IHKn 2009–2020



## Entwicklung der Gesamt-Rücklagen (inkl. EK) der IHKn 2009–2020





# Beitragsunterschiede in den Industrie- und Handelskammern

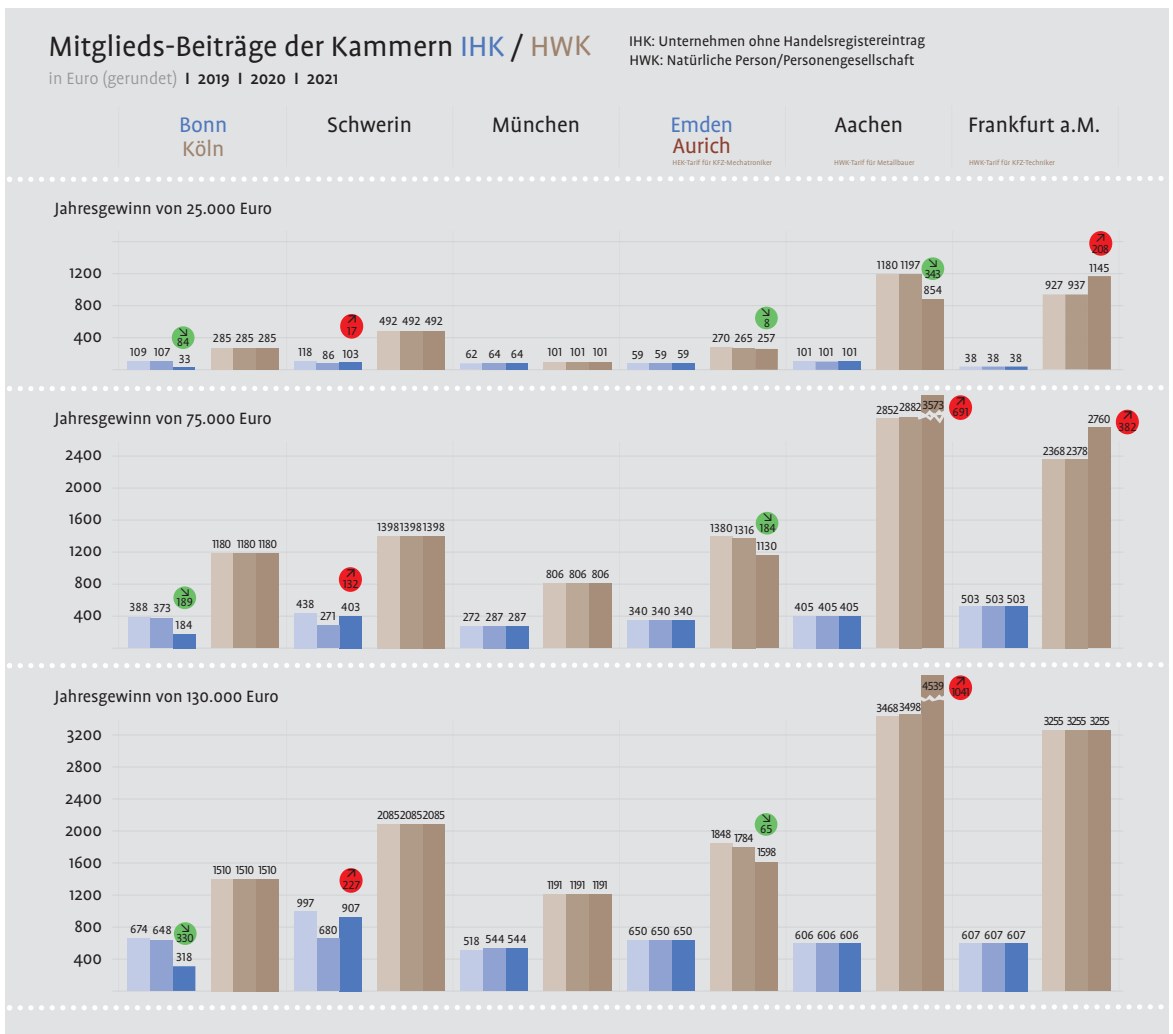
Nachdem im Jahr 2020 schon zwölf IHKn die Beiträge erhöht hatten, folgten im Jahr 2021 weitere neun Kammern. Fünf IHKn senkten 2021 ihre Beiträge. Immerhin elf Handwerkskammern senkten die Beiträge, während in neun HWK-Bezirken die Beiträge erhöht wurden. Im Ergebnis hat sich an der Kleinstaaterei, in der in den Kammern die Beitragserhebung erfolgt, auch nach so vielen Jahren nichts geändert.

In erheblicher Weise belastend wirkt sich in den Handwerkskammern die Erhebung von besonderen Beiträgen zur Lehrlingsunterweisung (ÜLU) oder Ausbildungsfinanzausgleich (AFA) aus.

Warum von insgesamt 53 Handwerkskammern in 17 Bezirken eine solche Umlage erhoben werden muss, während sich in den übrigen Bezirken die Ausbildung auch ohne diese besondere Belastung der Handwerksbetriebe organisieren lässt, gehört zu den Mysterien der Handwerksorganisation.

Im Ergebnis führt dies zu einer nicht nachvollziehbaren Ungleichbelastung von Handwerksbetrieben. Noch gravierender wird diese Belastung beim Blick auf die sehr viel niedrigeren Beiträge, die den Mitgliedern von Industrie- und Handelskammern abverlangt werden.

Während ein Einzelunternehmen mit einem Jahresgewinn von 25.000 Euro als Mitglied der IHK Frankfurt am Main lediglich 38 Euro Beitrag zahlt, werden einem KFZ-Techniker mit dem selben Jahresgewinn von der HWK Frankfurt am Main 1145 Euro in Rechnung gestellt.



## Handwerkskammern

## Planung 2021 (€)

## Abschluss 2019 (€)

	Einnahmen geplant	Ausgaben geplant	Saldo geplant	Eigenkapital/ Nettoposition 2019	Ausgleichsrücklage 2019	Betriebsmittel- rücklage/ Liquidationsrücklage 2019	Andere Rücklagen
Aachen	34.200.000,00 €	34.200.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Arnsberg/ Südwestfalen	24.580.700,00 €	24.580.700,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Augsburg/ Schwaben	34.059.000,00 €	34.059.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Aurich/ Ostfriesland	7.183.000,00 €	7.424.000,00 €	-241.000,00 €	2.536.159,55 €	854.460,00 €	k.A.	2.291.181,97 €
Bayreuth/ Oberfranken	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Berlin	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	6.513.000,00 €	10.187.000,00 €
Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld	21.763.000,00 €	21.763.000,00 €	0,00 €	20.119.977,71 €	980.000,00 €	k.A.	4.736.500,00 €
Braunschweig-Lüneburg-Stade	52.096.000,00 €	52.096.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Bremen	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Chemnitz	24.063.800,00 €	24.063.800,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Cottbus	15.758.800,00 €	15.758.800,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Dortmund	k.A.	k.A.	k.A.	25.981.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.
Dresden	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Düsseldorf	43.198.800,00 €	43.198.800,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Erfurt	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Flensburg	20.234.100,00 €	20.234.100,00 €	0,00 €	k.A.	522.075,70 €	991.720,19 €	3.355.163,54 €
Frankfurt a.M.	38.345.000,00 €	38.345.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Frankfurt/ Oder Region Ostbrandenburg	159.532.000,00 €	159.532.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	2.885.548,40 €	5.847.951,60 €
Freiburg/Breisgau	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Gera/ Ostthüringen	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Halle (Saale)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Hamburg	36.511.965,00 €	35.119.559,00 €	1.392.406,00 €	8.208.241,80 €	k.A.	k.A.	k.A.
Hannover	25.946.500,00 €	25.537.200,00 €	409.300,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Heilbronn-Franken	11.455.000,00 €	11.879.000,00 €	-424.000,00 €	21.928.471,00 €	k.A.	2.760.000,00 €	729.000,00 €
Hildesheim-Südnieidersachsen	14.468.612,00 €	14.367.699,00 €	100.913,00 €	3.356.417,65 €	1.879.147,20 €	k.A.	1.628.931,99 €
Karlsruhe	22.237.000,00 €	22.155.000,00 €	82.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kassel	9.408.000,00 €	9.408.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	2.461.661,00 €	4.958.100,00 €
Koblenz	43.577.000,00 €	43.577.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Köln	39.350.000,00 €	39.350.000,00 €	0,00 €	k.A.	4.800.000,00 €	k.A.	12.700.000,00 €
Konstanz	k.A.	k.A.	k.A.	8.826.000,00 €	k.A.	3.069.000,00 €	2.393.000,00 €
Leipzig	19.047.800,00 €	19.284.600,00 €	-236.800,00 €	k.A.	k.A.	4.345.000,00 €	3.555.000,00 €
Lübeck	27.520.000,00 €	27.520.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Magdeburg	10.808.400,00 €	12.938.100,00 €	-2.129.700,00 €	19.801.734,47 €	k.A.	k.A.	3.815.065,70 €
Mainz – Rheinhessen	11.757.500,00 €	12.147.300,00 €	-389.800,00 €	7.233.900,00 €	k.A.	k.A.	4.724.100,00 €
Mannheim – Rhein-Neckar-Odenwald	14.473.945,31 €	15.865.125,00 €	-1.391.179,69 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
München und Oberbayern	55.705.000,00 €	55.705.000,00 €	0,00 €	k.A.	6.915.600,00 €	k.A.	38.284.400,00 €
Münster	37.835.000,00 €	37.835.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Niederbayern, Oberpfalz	58.426.000,00 €	58.426.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Nürnberg/Mittelfranken	30.090.000,00 €	30.090.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Oldenburg	11.158.400,00 €	10.957.900,00 €	200.500,00 €	6.658.142,38 €	k.A.	k.A.	6.289.754,08 €
Osnabrück-Emsland	19.128.000,00 €	19.218.600,00 €	-90.600,00 €	11.285.589,97 €	2.675.235,16 €	k.A.	1.965.867,81 €
Ostmecklenburg-Vorpommern	13.396.200,00 €	13.396.200,00 €	0,00 €	23.870.700,00 €	672.800,00 €	1.767.900,00 €	9.772.900,00 €
Pfalz	23.141.190,00 €	23.141.190,00 €	0,00 €	4.279.100,15 €	k.A.	k.A.	5.200.546,98 €
Potsdam	26.572.000,00 €	26.572.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	2.001.910,90 €	17.818.989,10 €
Reutlingen	14.646.300,00 €	16.224.100,00 €	-1.577.800,00 €	6.161.861,00 €	k.A.	3.523.700,00 €	11.172.020,00 €
Saarland	17.844.700,00 €	17.844.700,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Schwerin	11.515.300,00 €	12.544.100,00 €	-1.028.800,00 €	k.A.	k.A.	2.000.000,00 €	7.623.500,00 €
Region Stuttgart	24.500.000,00 €	26.133.000,00 €	-1.633.000,00 €	k.A.	0,00 €	4.048.000,00 €	0,00 €
Südthüringen Suhl	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1.339.260,00 €	8.760.740,00 €
Trier	12.669.711,00 €	12.669.711,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Ulm	k.A.	k.A.	k.A.	15.191.774,00 €	k.A.	k.A.	9.071.431,00 €
Wiesbaden	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Würzburg/ Unterfranken	28.843.000,00 €	28.843.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.	668.650,00 €	886.350,00 €

## Berufsständische Kammern

## Ist 2019 (€)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Rücklagen zum 31.12.2019	Eigenkapital gesamt zum 31.12.2019
Apothekerkammer Brandenburg	1.927.912,39 €	1.927.912,39 €	0,00 €	1.489.047,90 €	663.206,75 €
Apothekerkammer Mecklenburg-Vorpommern	1.338.869,11 €	1.338.869,11 €	0,00 €	1.506.321,41 €	1.506.321,41 €
Apothekerkammer Nordrhein	6.873.418,19 €	6.873.418,19 €	0,00 €	7.761.946,42 €	k.A.
Apothekerkammer Saarland	79.600,00 €	84.240,86 €	-4.640,86 €	k.A.	k.A.
Apothekerkammer Schleswig-Holstein	2.379.231,04 €	2.031.657,86 €	347.573,18 €	1.327.453,19 €	k.A.
Apothekerkammer Thüringen	1.504.007,33 €	1.426.909,08 €	77.098,25 €	118.416,91 €	2.467.922,43 €
Apothekerkammer Westfalen	7.537.000,00 €	7.537.000,00 €	0,00 €	26.387.000,00 €	3.331.000,00 €
Arbeitsnehmerkammer Bremen	20.420.000,00 €	20.420.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Architektenkammer Baden-Württemberg	10.871.157,48 €	10.611.294,46 €	259.863,02 €	4.523.205,69 €	4.897.759,71 €
Architektenkammer Berlin	3.681.332,52 €	3.392.231,96 €	289.100,56 €	k.A.	2.121.839,97 €
Architektenkammer Hamburg	2.463.617,51 €	2.463.617,51 €	0,00 €	115.532,90 €	1.384.183,21 €
Architektenkammer Hessen	4.501.832,00 €	4.633.313,00 €	-131.481,00 €	708.443,00 €	1.741.734,00 €
Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern	452.123,00 €	476.042,00 €	-23.919,00 €	707.224,00 €	k.A.
Architektenkammer Niedersachsen	3.295.000,00 €	3.295.000,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Architektenkammer NRW	7.960.858,43 €	7.623.271,92 €	337.586,51 €	1.017.700,00 €	4.399.297,76 €
Ärztzekammer Baden-Württemberg	30.655.775,60 €	32.321.013,70 €	-1.665.238,10 €	k.A.	k.A.
Ärztzekammer Bayern	34.414.413,67 €	32.991.566,27 €	1.422.847,40 €	14.252.209,00 €	10.185.208,85 €
Ärztzekammer Berlin	16.000.000,00 €	15.100.000,00 €	900.000,00 €	3.700.000,00 €	17.500.000,00 €
Ärztzekammer Brandenburg	7.646.967,63 €	7.614.679,97 €	32.287,66 €	4.300.194,07 €	3.670.763,77 €
Ärztzekammer Bremen	2.901.110,00 €	2.817.861,00 €	83.249,00 €	4.591.089,47 €	k.A.
Ärztzekammer Hamburg	k.A.	k.A.	-837.000,00 €	6.172.000,00 €	24.444.000,00 €
Ärztzekammer Nordrhein	38.355.968,24 €	38.355.968,24 €	0,00 €	15.975.989,26 €	6.943.476,41 €
Ärztzekammer Sachsen	14.066.008,81 €	14.614.700,55 €	-548.691,74 €	k.A.	k.A.

## Anmerkungen

Rücklagen gesamt 2019	Pensionsrück- stellungen 2019	sonstige Rückstellungen 2019	Rückstellungen gesamt	Jahresergebnis	Eigenkapital gesamt	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	300.000,00 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	2.013.276,92 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
3.145.641,97 €	1.603.754,00 €	372.430,00 €	1.976.184,00 €	1.331.482,84 €	7.013.284,36 €	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
16.700.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	0,00 €	16.700.000,00 €	Nettoposition fehlt
5.716.500,00 €	5.438.035,00 €	1.133.581,89 €	6.571.616,89 €	2.455.898,14 €	28.292.375,85 €	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1.030.683,99 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0,00 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	-980.000,00 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0,00 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1.579.598,05 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0,00 €	k.A.	
4.868.959,43 €	k.A.	k.A.	k.A.	0,00 €	4.868.959,43 €	Nettoposition fehlt
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
8.733.500,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	0,00 €	8.733.500,00 €	Nettoposition fehlt
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
k.A.	21.654.041,35 €	4.928.778,00 €	26.582.819,35 €	58.939,39 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
3.489.000,00 €	k.A.	1.050.088,00 €	1.050.088,00 €	233.208,00 €	25.650.679,00 €	
3.500.079,19 €	2.548.784,00 €	846.629,01 €	3.395.413,01 €	2.136.087,64 €	9.000.584,48 €	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
7.419.761,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	40.000,00 €	7.459.761,00 €	Nettoposition fehlt
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
17.500.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	17.500.000,00 €	Nettoposition und Jahresergebnis fehlen
5.462.000,00 €	k.A.	424.000,00 €	424.000,00 €	k.A.	14.288.000,00 €	Jahresergebnis fehlt
7.900.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	7.900.000,00 €	Nettoposition und Jahresergebnis fehlen
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
3.815.065,70 €	158.926,00 €	241.999,49 €	400.925,49 €	-292.078,18 €	23.324.721,99 €	
4.724.100,00 €	2.081.200,00 €	716.750,00 €	2.797.950,00 €	361.876,97 €	12.319.876,97 €	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
45.200.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	45.200.000,00 €	Nettoposition und Jahresergebnis fehlen
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	4.155.420,73 €	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
6.289.754,08 €	k.A.	6.440.002,68 €	6.440.002,68 €	82.642,93 €	13.030.539,39 €	
4.641.102,97 €	1.282.484,94 €	637.193,97 €	1.919.678,91 €	986.606,34 €	16.913.299,28 €	
12.213.600,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	0,00 €	36.084.300,00 €	
5.200.546,98 €	3.058.381,00 €	2.025.177,21 €	5.083.558,21 €	815.846,44 €	10.295.493,57 €	
19.820.900,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	19.820.900,00 €	Nettoposition und Jahresergebnis fehlen
14.695.720,00 €	k.A.	191.306,00 €	191.306,00 €	-71.500,00 €	20.786.081,00 €	
11.374.083,98 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	11.374.083,98 €	Nettoposition und Jahresergebnis fehlen
9.623.500,00 €	k.A.	500.800,00 €	500.800,00 €	-224.600,00 €	9.398.900,00 €	Nettoposition fehlt
4.048.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	4.048.000,00 €	Nettoposition und Jahresergebnis fehlen
10.100.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	10.100.000,00 €	Nettoposition und Jahresergebnis fehlen
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
9.071.431,00 €	k.A.	667.992,00 €	667.992,00 €	317.635,00 €	24.580.840,00 €	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1.555.000,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1.555.000,00 €	Nettoposition und Jahresergebnis fehlen

## Berufsständische Kammern

## Ist 2019 (€)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Rücklagen zum 31.12.2019	Eigenkapital gesamt zum 31.12.2019
Ärztzekammer Sachsen-Anhalt	6.207.430,00 €	6.207.430,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Ärztzekammer Thüringen	8.409.603,48 €	8.409.603,48 €	0,00 €	9.110.000,00 €	8.242.007,05 €
Ärztzekammer Schleswig-Holstein	12.640.000,00 €	12.210.000,00 €	430.000,00 €	2.000.000,00 €	7.590.000,00 €
Ärztzekammer Westfalen	30.998.000,00 €	32.157.000,00 €	-1.159.000,00 €	k.A.	k.A.
Ingenieurkammer Hamburg	340.717,77 €	340.717,77 €	0,00 €	27.675,63 €	283.219,65 €
Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern	463.349,12 €	590.663,71 €	-127.314,59 €	613.088,32 €	60.222,57 €
Ingenieurkammer Niedersachsen	2.427.725,38 €	2.327.172,08 €	100.553,30 €	2.227.000,00 €	3.036.430,61 €
Ingenieurkammer Nordrhein-Westfalen	3.687.800,00 €	3.607.300,00 €	80.500,00 €	0,00 €	2.447.200,00 €
Ingenieurkammer Thüringen	618.191,00 €	695.221,00 €	-77.030,00 €	315.187,00 €	392.217,00 €
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen	201.495.915,89 €	201.495.915,89 €	0,00 €	4.778.245,26 €	k.A.
Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz	24.510.979,85 €	24.510.979,85 €	0,00 €	1.283.580,50 €	k.A.
Landwirtschaftskammer Saarland	2.939.783,14 €	3.050.229,86 €	-110.446,72 €	0,00 €	1.127.882,52 €
Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein	39.572.489,19 €	40.465.545,65 €	-893.056,46 €	k.A.	0,00 €
Bundeslotsenkammer	1.196.223,98 €	1.059.393,64 €	136.830,34 €	k.A.	k.A.
Hafenlotsen Hamburg	275.191,55 €	302.947,71 €	-27.756,16 €	k.A.	k.A.
Hafenlotsen Brüderschaft Bremerhaven	1.145.499,40 €	1.145.499,40 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Lotsenbrüderschaft Elbe	990.000,00 €	920.374,58 €	69.625,42 €	k.A.	k.A.
Lotsenbrüderschaft Emden	444.319,10 €	444.319,10 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Lotsenbrüderschaft Nord-Ostsee-Kanal 1	541.675,69 €	541.675,69 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Lotsenbrüderschaft Weser 1	150.065,03 €	167.317,15 €	-17.252,12 €	k.A.	k.A.
Lotsenbrüderschaft Weser 2	709.000,00 €	700.938,88 €	8.061,12 €	k.A.	k.A.
Lotsenbrüderschaft Wismar, Rostock, Stralsund	141.690,32 €	141.690,32 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Bundesnotarkammer	6.394.006,51 €	7.018.691,96 €	-624.685,45 €	1.160.729,05 €	k.A.

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Rücklagen zum 31.12.2019	Eigenkapital gesamt zum 31.12.2019
Notarkammer Berlin	1.455.862,69 €	1.505.840,59 €	-49.977,90 €	45.857,65 €	1.158.200,98 €
Notarkammer Brandenburg	567.100,00 €	454.897,18 €	112.202,82 €	0,00 €	k.A.
Notarkammer Bremen	289.047,35 €	316.840,16 €	-27.792,81 €	k.A.	318.805,14 €
Notarkammer Frankfurt am Main	2.001.660,03 €	2.001.660,03 €	0,00 €	k.A.	2.388.908,51 €
Notarkammer Kassel	341.393,24 €	350.175,29 €	-8.782,05 €	k.A.	542.091,41 €
Notarkammer Sachsen-Anhalt	391.008,08 €	386.048,69 €	4.959,39 €	0,00 €	0,00 €
Notarkammer Schleswig-Holstein	1.008.172,24 €	1.143.849,27 €	-135.677,03 €	k.A.	621.991,39 €
Notarkammer Thüringen	398.138,14 €	387.829,06 €	10.309,08 €	0,00 €	0,00 €
Notare Hamburg	2.118.809,29 €	1.772.418,50 €	346.390,79 €	k.A.	k.A.
Rheinische Notarkammer	7.422.255,59 €	7.692.957,48 €	-270.701,89 €	6.571.958,61 €	8.583.358,61 €
Pflegekammer Niedersachsen	5.070.207,94 €	14.618.394,33 €	-9.548.186,39 €	k.A.	0,00 €
Pflegekammer Schleswig-Holstein	13.860,45 €	1.849.611,91 €	-1.835.751,46 €	k.A.	k.A.
Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer	2.226.442,00 €	2.235.423,00 €	-8.981,00 €	k.A.	k.A.
Psychotherapeutenkammer Berlin	2.007.350,80 €	1.789.787,77 €	217.563,03 €	2.652.804,76 €	3.224.461,10 €
Psychotherapeutenkammer Bremen	285.103,80 €	255.689,21 €	29.414,59 €	99.167,61 €	143.582,39 €
Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen	4.212.621,92 €	3.895.960,60 €	316.661,32 €	k.A.	0,00 €
Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein	606.481,91 €	596.546,16 €	9.935,75 €	92.486,02 €	k.A.
Bundesrechtsanwaltskammer	7.510.743,30 €	7.510.743,30 €	0,00 €	k.A.	3.935.988,87 €
Rechtsanwaltskammer beim Bundesgerichtshof	177.960,00 €	159.887,42 €	18.072,58 €	k.A.	123.192,23 €
Rechtsanwaltskammer Berlin	5.184.918,30 €	5.184.918,30 €	0,00 €	1.549.187,26 €	4.822.166,09 €
Rechtsanwaltskammer Brandenburg	905.900,00 €	856.700,00 €	49.200,00 €	k.A.	611.787,40 €
Rechtsanwaltskammer Braunschweig	1.196.366,20 €	858.753,23 €	337.630,97 €	k.A.	k.A.
Rechtsanwaltskammer Bremen	602.313,39 €	640.864,50 €	-38.551,11 €	k.A.	311.080,58 €
Rechtsanwaltskammer Düsseldorf	4.364.982,50 €	4.459.930,56 €	-94.948,06 €	k.A.	5.145.477,95 €
Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main	6.505.033,94 €	6.505.033,94 €	0,00 €	4.844.470,74 €	k.A.
Rechtsanwaltskammer Hamburg	3.866.634,93 €	3.608.733,81 €	257.901,12 €	2.055.360,39 €	k.A.
Rechtsanwaltskammer Hamm	4.412.390,81 €	4.412.390,81 €	0,00 €	k.A.	2.433.181,78 €
Rechtsanwaltskammer Kassel	737.799,54 €	688.641,63 €	49.157,91 €	k.A.	k.A.
Rechtsanwaltskammer Köln	4.472.940,22 €	4.695.458,05 €	-222.517,83 €	k.A.	3.064.089,66 €
Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern	744.750,88 €	795.345,99 €	-50.595,11 €	340.699,18 €	290.104,07 €
Rechtsanwaltskammer München	7.960.000,00 €	7.917.000,00 €	43.000,00 €	300.000,00 €	11.493.000,00 €
Rechtsanwaltskammer Nürnberg	1.727.967,54 €	1.727.967,54 €	0,00 €	k.A.	1.882.599,17 €
Rechtsanwaltskammer Saarland	517.765,34 €	517.765,34 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Rechtsanwaltskammer Sachsen	1.980.523,35 €	1.980.523,35 €	0,00 €	k.A.	1.078.681,28 €
Rechtsanwaltskammer Sachsen-Anhalt	643.993,29 €	648.313,93 €	-4.320,64 €	404.520,95 €	k.A.
Rechtsanwaltskammer Schleswig-Holstein	1.758.733,05 €	1.896.919,34 €	-138.186,29 €	k.A.	1.055.643,53 €
Rechtsanwaltskammer Stuttgart	2.653.785,24 €	2.653.785,24 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Rechtsanwaltskammer Thüringen	725.820,83 €	694.032,78 €	31.788,05 €	k.A.	474.019,64 €
Rechtsanwaltskammer Tübingen	730.752,46 €	730.752,46 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Steuerberaterkammer Berlin	2.021.037,76 €	2.340.696,10 €	-319.658,34 €	0,00 €	1.991.641,33 €
Steuerberaterkammer Düsseldorf	3.588.633,35 €	3.560.029,59 €	28.603,76 €	206.000,00 €	1.589.588,90 €
Steuerberaterkammer Hamburg	2.016.080,41 €	1.894.628,48 €	121.451,93 €	k.A.	1.144.761,81 €
Steuerberaterkammer Köln	3.482.207,70 €	3.567.103,82 €	-84.896,12 €	2.580.000,00 €	668.855,72 €
Tierärztekammer Brandenburg	295.978,66 €	267.312,31 €	28.666,35 €	k.A.	k.A.
Tierärztekammer Bremen	38.715,00 €	38.715,00 €	0,00 €	k.A.	k.A.
Tierärztekammer Schleswig-Holstein	513.752,69 €	513.752,69 €	0,00 €	316.160,20 €	k.A.
Tierärztekammer Sachsen-Anhalt	287.000,15 €	336.889,36 €	-49.889,21 €	175.427,20 €	k.A.
Wirtschaftsprüferkammer	16.823.632,17 €	18.145.571,18 €	-1.321.939,01 €	5.200.000,00 €	5.934.451,73 €
Zahnärztekammer Berlin	4.343.760,81 €	3.937.907,75 €	405.853,06 €	k.A.	k.A.
Zahnärztekammer Bremen	1.701.674,20 €	1.887.186,16 €	-185.511,96 €	k.A.	358.000,00 €
Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt	k.A.	k.A.	k.A.	100.557.724,45 €	0,00 €
Zahnärztekammer SH	4.101.781,65 €	3.665.852,97 €	435.928,68 €	209.685,06 €	975.145,80 €
Zahnärztekammer Westfalen-Lippe	11.914.621,01 €	11.970.603,92 €	-55.982,91 €	k.A.	k.A.

## Die Liste der Transparenz-Verweigerung

Apothekerkammer Baden-Württemberg (IFG gilt nicht)	Notarkammer Baden-Württemberg	Steuerberaterkammer Stuttgart
Apothekerkammer Bayern (liegt in Geschäftsstelle aus)	Notarkammer Braunschweig	Steuerberaterkammer Südbaden
Apothekerkammer Berlin	Notarkammer Celle (kein IFG)	Steuerberaterkammer Thüringen
Apothekerkammer Bremen	Notarkammer Koblenz	Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe
Apothekerkammer Hamburg (gegen Gebühr)	Notarkammer Mecklenburg-Vorpommern	Tierärztekammer Baden-Württemberg
Apothekerkammer Hessen	Notarkammer Oldenburg	Tierärztekammer Bayern (kein IFG)
Apothekerkammer Niedersachsen	Notarkammer Pfalz	Tierärztekammer Berlin
Apothekerkammer Rheinland-Pfalz	Notarkammer Saarland	Tierärztekammer Hamburg (gegen Gebühr)
Apothekerkammer Sachsen	Notarkammer Sachsen	Tierärztekammer Hessen
Apothekerkammer Sachsen-Anhalt	Notarkammer Westfalen	Tierärztekammer Mecklenburg-Vorpommern (IFG gilt nicht)
Arbeitnehmerkammer Saarland	Patentanwaltskammer München	Tierärztekammer Niedersachsen
Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein	Pflegekammer Rheinland-Pfalz	Tierärztekammer Nordrhein
Architektenkammer Bayern	Psychotherapeutenkammer Baden-Württemberg	Tierärztekammer Rheinland-Pfalz
Architektenkammer Brandenburg	Psychotherapeutenkammer Bayern	Tierärztekammer Saarland
Architektenkammer Bremen	Psychotherapeutenkammer Hessen	Tierärztekammer Sachsen
Architektenkammer Hessen	Psychotherapeutenkammer Niedersachsen	Tierärztekammer Thüringen (gegen Gebühr)
Architektenkammer Saarland	Psychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz	Tierärztekammer Westfalen-Lippe
Architektenkammer Sachsen	Psychotherapeutenkammer Saarland	Vereinigung der Pflegenden Bayern
Architektenkammer Sachsen-Anhalt	Rechtsanwaltskammer Bamberg	Zahnärztekammer Baden-Württemberg
Architektenkammer Thüringen	Rechtsanwaltskammer Celle	Zahnärztekammer Bayern
Ärztekammer Bayreuth	Rechtsanwaltskammer Freiburg	Zahnärztekammer Brandenburg
Ärztekammer Hessen	Rechtsanwaltskammer Karlsruhe	Zahnärztekammer Hamburg
Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsanwaltskammer Koblenz	Zahnärztekammer Hessen
Ärztekammer Niedersachsen	Rechtsanwaltskammer Oldenburg	Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern (gegen Gebühr)
Ärztekammer Rheinland-Pfalz	Rechtsanwaltskammer Sachsen-Anhalt	Zahnärztekammer Niedersachsen
Ärztekammer Saarland	Rechtsanwaltskammer Zweibrücken	Zahnärztekammer Nordrhein
Baukammer Berlin	Steuerberaterkammer Brandenburg	Zahnärztekammer Rheinland-Pfalz
Bundessteuerberaterkammer (IFG gilt nicht)	Steuerberaterkammer Bremen	Zahnärztekammer Sachsen
Ingenieurskammer Baden-Württemberg	Steuerberaterkammer Hessen	Zahnärztekammer Thüringen
Ingenieurskammer Brandenburg	Steuerberaterkammer Mecklenburg-Vorpommern	
Ingenieurskammer Bremen	Steuerberaterkammer München	
Ingenieurskammer Hessen	Steuerberaterkammer Niedersachsen	
Ingenieurskammer Rheinland-Pfalz	Steuerberaterkammer Nordbaden	
Ingenieurskammer Saarland	Steuerberaterkammer Nürnberg	
Ingenieurskammer Sachsen	Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz (nur an Mitglieder)	
Ingenieurskammer Sachsen-Anhalt	Steuerberaterkammer Saarland	
Landesnotarkammer Bayern	Steuerberaterkammer Sachsen	
Landwirtschaftskammer Bremen	Steuerberaterkammer Sachsen-Anhalt	
Landwirtschaftskammer Hamburg	Steuerberaterkammer Schleswig-Holstein (Geheimhaltungs- und Vertraulichkeitspflicht)	
Landwirtschaftskammer Niedersachsen		
Lotsenbrüderschaft Nord-Ostsee-Kanal II		

**Wir freuen uns über jeden Hinweis, der dazu führt die obige Liste zu verkürzen.**

*IFG = Informationsfreiheitsgesetz*



## Anmerkungen

Pensions- Rückstellungen 2019	sonstige Rückstellungen 2019	Rückstellungen gesamt	Jahresergebnis	Eigenkapital gesamt
17.723.733,00 €	4.067.703,00 €	21.791.436,00 €	393.586,64 €	10.084.206,77 €
17.898.504,00 €	1.244.996,45 €	19.143.500,45 €	-116.915,71 €	7.150.996,44 €
5.375.481,00 €	579.921,00 €	5.955.402,00 €	324.040,08 €	4.178.526,97 €
30.283.000,00 €	4.998.000,00 €	35.281.000,00 €	546.000,00 €	29.309.000,00 €
9.391.532,00 €	2.029.266,03 €	11.420.798,03 €	410.980,29 €	16.289.197,78 €
54.215.010,00 €	1.728.753,95 €	55.943.763,95 €	4.156.015,84 €	101.620.562,77 €
32.722.513,00 €	1.919.288,29 €	34.641.801,29 €	3.565.069,41 €	23.266.590,41 €
k.A.	24.876.000,00 €	24.876.000,00 €	755.000,00 €	10.409.000,00 €
377.658,15 €	1.624.488,40 €	2.002.146,55 €	5.834.812,16 €	7.845.323,46 €
24.153.845,00 €	2.296.192,00 €	26.450.037,00 €	4.679.766,30 €	7.908.508,30 €
3.946.416,70 €	1.691.307,00 €	5.637.723,70 €	1.372.875,21 €	24.968.069,29 €
70.010,00 €	1.151.521,88 €	1.221.531,88 €	0,00 €	17.151.200,55 €
1.147.670,00 €	535.093,19 €	1.682.763,19 €	0,00 €	1.359.267,50 €
1.122.500,00 €	708.636,36 €	1.831.136,36 €	1.972.485,50 €	12.730.699,83 €
9.906.697,36 €	1.309.940,04 €	11.216.637,40 €	1.079.013,63 €	24.895.821,64 €
k.A.	k.A.	1.619.000,00 €	-190.000,00 €	5.037.000,00 €
9.521.599,76 €	437.484,35 €	9.959.084,11 €	545.166,93 €	5.990.427,00 €
37.779.000,00 €	2.856.690,32 €	40.635.690,32 €	2.358.953,23 €	9.943.852,60 €
473.798,00 €	994.355,47 €	1.468.153,47 €	0,00 €	24.370.925,89 €
38.116.558,00 €	4.473.198,46 €	42.589.756,46 €	1.795.533,44 €	16.830.878,20 €
37.012.952,00 €	2.796.404,00 €	39.809.356,00 €	-833.450,87 €	22.527.101,96 €
12.816.586,00 €	990.549,66 €	13.807.135,66 €	0,00 €	4.373.359,02 €
8.671.298,00 €	623.825,76 €	9.295.123,76 €	-275.460,48 €	18.401.292,24 €
13.309.849,00 €	3.650.898,48 €	16.960.747,48 €	152.293,77 €	12.047.465,19 €
12.852.327,87 €	1106476,87	13.958.804,74 €	290.996,44 €	7.895.371,92 €
k.A.	k.A.	3.935.147,00 €	1.414.803,00 €	13.440.398,00 €
k.A.	k.A.	104.676.000,00 €	-560.000,00 €	40.592.000,00 €
2.909.318,00 €	611.150,00 €	3.520.468,00 €	2.486.735,47 €	14.784.788,53 €
2.686.472,00 €	400.388,24 €	3.086.860,24 €	0,00 €	3.447.451,93 €
3.781.800,00 €	292.700,00 €	4.074.500,00 €	847.024,63 €	11.507.124,88 €
13.441.032,00 €	1.241.295,00 €	14.682.327,00 €	1.477.406,20 €	5.740.836,74 €
35.918.000,00 €	3.268.000,00 €	39.186.000,00 €	0,00 €	23.024.000,00 €
1.807.540,50 €	996.126,43 €	2.803.666,93 €	637.898,29 €	31.757.513,21 €
89.128.178,00 €	8.661.618,99 €	97.789.796,99 €	1.114.127,81 €	23.524.527,27 €
9.244.628,00 €	674.122,00 €	9.918.750,00 €	763.742,84 €	7.800.917,03 €
24.011.700,00 €	4.025.600,00 €	28.037.300,00 €	k.A.	71.084.195,57 €
19.335.000,00 €	1.172.000,00 €	20.507.000,00 €	0,00 €	3.609.000,00 €
24.145.746,00 €	2.087.529,47 €	26.233.275,47 €	1.432.730,13 €	27.072.777,87 €
11.027.054,00 €	2.467.865,00 €	13.494.919,00 €	2.701.589,26 €	16.174.888,38 €
10.435.090,00 €	1.337.398,64 €	11.772.488,64 €	3.677.202,00 €	12.056.016,07 €
10.736.330,30 €	1.948.248,00 €	12.684.578,30 €	0,00 €	14.760.439,98 €
14.360.633,00 €	2.698.328,34 €	17.058.961,34 €	-316.177,96 €	13.101.515,04 €
0,00 €	9.610.878,89 €	9.610.878,89 €	1.686.575,88 €	50.618.380,57 €
22.021.000,00 €	920.000,00 €	22.941.000,00 €	-789.000,00 €	12.744.000,00 €
24.111.316,62 €	3.676.319,97 €	27.787.636,59 €	1.431.540,92 €	16.883.646,98 €
705.600,00 €	1.549.500,00 €	2.255.100,00 €	0,00 €	18.940.815,50 €
3.555.403,00 €	317.300,00 €	3.872.703,00 €	261.532,86 €	4.519.557,13 €
9.332.203,00 €	1.526.561,83 €	10.858.764,83 €	632.761,91 €	11.323.590,75 €
18.103.499,00 €	4.478.663,00 €	22.582.162,00 €	1.276.149,18 €	19.269.252,97 €
26.922.483,00 €	2.803.785,00 €	29.726.268,00 €	1.077.004,00 €	16.724.189,00 €
4.679.530,00 €	718.464,00 €	5.397.994,00 €	2.900.400,08 €	14.678.528,10 €
22.626.455,00 €	1.335.447,22 €	23.961.902,22 €	551.580,09 €	9.965.588,09 €
16.967.000,00 €	4.237.000,00 €	21.204.000,00 €	1.062.465,38 €	30.006.690,27 €
30.795.941,00 €	11.228.326,73 €	42.024.267,73 €	545.385,99 €	159.323.477,04 €
27.480.718,00 €	4.265.623,00 €	31.746.341,00 €	3.556.461,89 €	25.599.007,89 €
1.278.073,00 €	112.058,48 €	1.390.131,48 €	291.488,66 €	7.142.814,83 €
59.130.888,00 €	4.969.733,00 €	64.100.621,00 €	0,00 €	39.554.479,95 €
6.937.361,00 €	687.870,75 €	7.625.231,75 €	0,00 €	14.267.710,81 €
25.557.734,00 €	2.279.499,04 €	27.837.233,04 €	2.424.682,66 €	17.896.296,93 €
24.049.000,00 €	2.329.000,00 €	26.378.000,00 €	0,00 €	8.907.899,01 €
7.245.728,00 €	2.185.983,00 €	9.431.711,00 €	4.484.201,07 €	17.943.793,88 €
10.535.038,85 €	672.113,15 €	11.207.152,00 €	2.163.724,91 €	12.814.780,84 €
1.582.382,00 €	1.027.396,00 €	2.609.778,00 €	2.993.383,79 €	31.751.188,10 €
10.249.407,00 €	3.977.073,00 €	14.226.480,00 €	746.362,77 €	13.589.398,59 €
5.242.892,00 €	1.378.853,20 €	6.621.745,20 €	1.504.547,82 €	24.345.506,66 €
1.069.194,00 €	786.084,71 €	1.855.278,71 €	427.177,67 €	13.891.186,78 €
28.759.047,00 €	874.047,00 €	29.633.094,00 €	197.332,03 €	16.922.259,97 €
748.844,00 €	815.370,71 €	1.564.214,71 €	2.676.321,00 €	17.802.423,00 €
k.A.	14.212.000,00 €	14.212.000,00 €	302.000,00 €	10.901.000,00 €
8.846.410,72 €	1.787.827,21 €	10.634.237,93 €	2.886.938,96 €	10.914.097,77 €
108.157.423,00 €	9.293.479,70 €	117.450.902,70 €	0,00 €	31.412.329,81 €
2.302.666,94 €	888.800,00 €	3.191.466,94 €	1.876.317,11 €	16.910.850,23 €
6.418.579,00 €	1.189.860,01 €	7.608.439,01 €	533.167,72 €	10.927.354,66 €
7.653.714,00 €	1.557.015,54 €	9.210.729,54 €	2.065.707,28 €	19.418.864,50 €
11.809.490,00 €	798.050,57 €	12.607.540,57 €	356.512,45 €	12.338.045,16 €
13.800.398,00 €	808.860,46 €	14.609.258,46 €	681.601,93 €	9.105.178,81 €
7.290.481,00 €	1.191.700,50 €	8.482.181,50 €	0,00 €	7.899.048,61 €
25.265.211,67 €	1.731.999,27 €	26.997.210,94 €	-14.606.289,22 €	-11.175.790,71 €
16.925.942,00 €	3.426.153,13 €	20.352.095,13 €	0,00 €	14.329.972,94 €

